



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/41/277 - 1. Dezember 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-83
Fernschreiber 0886890

Bonn und Warschau	S. 1
Anna Kethly an die Vereinten Nationen	S. 3
Die SED und die polnische Entwicklung	S. 5
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	S. 7

Warum keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen ?

sp. Direkt und indirekt hat Warschau sein Interesse an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik wiederholt bekundet. Dafür sprechen viele Gründe, wovon wirtschaftliche Erwägungen nicht die geringsten sind. Polen braucht den verstärkten wirtschaftlichen Kontakt mit dem Westen, wenn es das Hass von Unabhängigkeit behaupten will, das es sich im Verhältnis zur Sowjetunion in den letzten Wochen errungen hat. Dass es in seinen Beziehungen zur Umwelt zum Unterschied von unglücklichen Ungarn eine ziemlich / weitgehende Handlungsfreiheit besitzt, kann nicht mehr bestritten werden. So stimmte die polnische UNO-Delegation in der Vollversammlung der UNO gegen die Stimmen des Ostblocks für die Entsendung von UNO-Berichtern nach Ungarn - ein bisher einzigartiger Fall in der Geschichte der Nachkriegszeit.

An gewichtigen deutschen Stimmen, den diplomatischen Kontakt mit Warschau aufzunehmen, hat es freilich auch nicht gefehlt. Der Bundesaußenminister von Brentano gehörte zu ihnen. Vor wenigen Wochen erhielt die deutsche Öffentlichkeit den Eindruck, als würde in dieser Beziehung einiges geschehen. Leider wurde dieser Eindruck nicht durch Tatsachen bestätigt. Die letzte in Westberlin gefallene Bemerkung des Bundesaußenministers, "zur Stunde bestünden keine Pläne, diplomatische Beziehungen mit den Ostblockstaaten aufzunehmen, aber man müsse sich auf den Zeitpunkt vorbereiten, der eine veränderte politische Situation bringe", lässt auf einen Sieg jener einflussreichen Kräfte im Auswärtigen Amt deuten, die in dieser Frage sich

1. 12. 1956

der Abstinenz verschrieben haben. Was heisst dieser ominöse Hinweis auf eine "veränderte politische Situation"? In Polen ist sie ja vorhanden, den unter Gomuikas Führung an die Spitze gelangten neuen Kräften ist es gelungen, die russische Vorherrschaft abzuschütteln. Bedeutet das nichts?

Sind unter diesem Hinweis aber ideologische Vorbehalte zu verstehen, etwa in dem Sinne, man könne auch mit einem nationalkommunistischen Polen keine Beziehungen unterhalten, dann wäre dies der Höhepunkt von Stupidität und Kurzsichtigkeit. Das hiesse doch, von deutscher Seite am Eisernen Vorhang festhalten zu wollen, wo er von der polnischen Seite nicht mehr gewünscht wird.

Der Bundesausserminister hat sich in seiner Berliner Erklärung für jeden Gewaltverzicht hinsichtlich der Oder-Weisse-Linie ausgesprochen. Er sprach damit eine Selbstverständlichkeit aus. Es gibt keine ernstzunehmende politische Kraft im deutschen Volke, die eine gewaltsame Revision der Oder-Weisse-Grenze anstrebt. Das wäre die Einladung zum kollektiven Selbstmord. In diesem Stadium, wo die Entwicklung in Fluss ist und sich von ferne die Konturen einer Neuordnung Europas anzeigen, genügt aber nicht mehr das Aussprechen von Selbstverständlichkeiten. Man muss selbst im ständigen Gespräch sein, will man Einfluss auf die Entwicklung bekommen. Um zur deutschen Wiedervereinigung zu gelangen, ist auch ein Klima des Vertrauens mit dem polnischen Nachbarvolk notwendig. Dieses lässt sich nicht herstellen, wenn man nicht bereit ist, durch die Tür nach Warschau einzutreten. Jedes längere Abseitsstaken von westdeutscher Seite kommt auf lange Sicht nur jenen politischen Kräften im Ostblock zugute, die in der Bundesrepublik den Hort von Militarismus sehen und in der Furcht davor das beste Mittel erblicken, die nach Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung strebenden Polen wieder an die Kandare Moskaus zu ketten.

Das Verhältnis zu Polen steht einer Neuregelung offen. Es bieten sich hier zum Nutzen beider Völker neue Chancen, die furchtbare Erbschaft des Zweiten Weltkrieges zu liquidieren. Jedes Versäumnis von deutscher Seite könnte sich für die Zukunft bitter rächen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Warschau ist ein Erfordernis der deutschen Politik, es gibt keinen stichhaltigen Grund, seine Erfüllung auf die lange Bank zu schieben.

"... den mit Blut geschriebenen Willen"

Anna Kethly, die Vorsitzende der ungarischen Sozialdemokratischen Partei, befindet sich als einziges Mitglied der von den Sowjetrussen abgesetzten Regierung Imre Nagy im freien Ausland. Sie reiste unmittelbar nach dem tragischen 4. November nach New York, mit der Absicht, vor dem Forum der Vereinten Nationen die Sache ihres leidenden, gequälten und unterdrückten Volkes zu vertreten. Trotz vieler Bemühungen gelang es nicht, die formellen Schwierigkeiten zu überwinden. Den Delegationen aller UNO-Mitglieder wurde daraufhin von Anna Kethly folgendes Dokument übermittelt.

Der von den ungarischen Aufständischen am 23. Oktober 1956 begonnene Freiheitskampf muss als Ausdruck des Willens der gesamten Nation betrachtet werden. Alle Schichten des ungarischen Volkes, Intellektuelle, Arbeiter und Bauern beteiligten sich an ihm. Das Ziel dieses Kampfes bestand nicht darin, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen, sondern das Recht auf Selbstbestimmung für Ungarn wiederzugewinnen und eine demokratische Regierungsform einzuführen. Als Grundlage der Neuordnung waren die in der gemeinsamen sowjetisch-jugoslawischen Entschliessung von Belgrad niedergelegten Prinzipien sowie die von den sowjetischen Staatsmännern anlässlich ihres Besuches in Indien abgegebenen Erklärungen anzusehen. Sie sollten ihre Verwirklichung im öffentlichen Leben Ungarns finden.

Als ein Ergebnis des Freiheitskampfes bildet sich auf der Grundlage der Verfassung, die das aus demokratischen Wahlen 1945 hervorgegangene ungarische Parlament erarbeitet hatte, eine Koalitionsregierung unter der Ministerpräsidentschaft Imre Nagys. Sie setzte sich aus Vertretern der durch den Freiheitskampf wiedererstandenen demokratischen Parteien Ungarns zusammen.

Die Koalitionsregierung hat gefordert, dass

- a) ihrer Aufforderung zur Feuereinstellung von beiden Parteien entsprochen werde;
- b) als eine Folge der Kündigung des Warschauer Paktes die sowjetischen Truppenverbände unverzüglich zurückgezogen würden.

Diese beiden Bedingungen müssen erfüllt werden, bevor die ungarische Koalitionsregierung in der Lage sein wird

1. die Ordnung wiederherzustellen;
2. die Produktion durch die Rückkehr der Arbeiter zu ihren

1. 12. 1956

Arbeitsstätten wieder in Gang bringen zu können;

3. freie demokratische Wahlen vorzubereiten, damit der wahre, freie und unverfälschte Wille des ungarischen Volkes, durch keinerlei Art von Waffengewalt unter Druck gesetzt, sich äußern kann.

Die zur Zeit in Ungarn wirkenden russischen Behörden haben die Koalitionsregierung unter der Führung Imre Nagys als Verhandlungspartner anerkannt. Dieser Tatbestand verdient die besondere Aufmerksamkeit der Vollversammlung der Vereinten Nationen.

Die Grundlage der Verhandlungen bildeten die unter a) und b) aufgeführten Forderungen. Vollkommen verlässlichen Nachrichten aus Ungarn zufolge sind die zum Zwecke der Verhandlung entsandten Mitglieder der Regierung und Armees nicht mehr zurückgekehrt. Ihr augenblicklicher Aufenthaltsort ist unbekannt. Gegen den Willen des um seine Freiheit ringenden Volkes haben die sowjetischen Besatzungstruppen eine neue Regierung unter Janos Kadar eingesetzt, deren Macht und Einfluss soweit reicht wie der Schutz, den die russischen Bajonette garantieren.

Als einziges Mitglied der Regierung Imre Nagy, die sich in der freien Welt befindet, ersuche ich die Vollversammlung der Vereinten Nationen, dass sie im Sinne ihrer früheren Entschliessung

- a) die Regierung der Sowjetunion auffordert, die gegenwärtigen militärischen Operationen gegen das ungarische Volk unverzüglich abzubrechen und ihre Truppen sofort abzuziehen;
- b) Vergeltungsaktionen, Deportationen und alle gegen die ungarischen Freiheitskämpfer gerichteten Massnahmen zu beenden, ehe es zu spät wird;
- c) die Freilassung der Mitglieder der Regierung Imre Nagy, die sowohl vom ungarischen Volke akzeptiert als auch von den sowjetischen Behörden als Verhandlungspartner anerkannt wurde, zu verfügen;
- d) die volle Bewegungs- und Handlungsfreiheit der genannten Regierung wiederherzustellen;
- e) die Verhandlungen zwischen der Regierung Nagy und Vertretern der Sowjetunion in Anwesenheit eines Bevollmächtigten der Vereinten Nationen fortzusetzen.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen möge den Inhalt des Briefes mit dem Aktenzeichen S 3726 als den mit Blut geschriebenen Willen des ungarischen Volkes und als Grundlage eines internationalen Status meines Landes betrachten.

18. November 1956

gez. Anna Kethly

Vor einem Bruch Pankow-Warschau?

E.Z.Berlin

Die Beziehungen zwischen der kommunistischen polnischen "Arbeiterpartei" und der SED seit den Veränderungen in Polen waren die denkbar schlechtesten; dies ist jetzt vom Zentralorgan der SED offen zugegeben worden. "Neues Deutschland" kleidet diese Feststellung in die Form eines scharfen massiven Angriffes gegen die polnische Entwicklung, in dem es den Chefredakteur Hermann Axen gegen einen in der Warschauer Zeitschrift "Kulturelle Rundschau" erschienenen Artikel das Geschütz schwerster Diffamierung und Drohungen auffahren lässt. Wenn Axen seinen Angriff auch nur gegen Edda Werfel, die Verfasserin des Artikels richtet, so ist darin in Wirklichkeit ein Angriff Ulbrichts gegen Gomułka zu sehen. Die tiefere Bedeutung dieses Pressekonfliktes liegt damit auf der Hand.

Die Offensive der SED gegen die polnische "Brüderpartei" - so wird sie im ND immerhin noch bezeichnet - geht davon aus, dass in der Warschauer Zeitschrift, wie übrigens auch in zahlreichen anderen polnischen Pressekommentaren, die Frage gestellt worden war, wann endlich Ulbricht und seine "DDR" die Konsequenzen aus dem XX. Parteitag und der Entstalinisierung ziehen wollen. Die polnische Presse hatte in diesem Zusammenhang eine offizielle Pankower Stellungnahme zu der Entwicklung in Polen scharf zurückgewiesen, in der die neue politische Linie in Polen als "Deckmantel einer Wiederherstellung des Kapitalismus" gedeutet worden war.

Wenn jetzt das Zentralorgan der SED - ohne Zweifel auf Anweisung Ulbrichts - einen ernsthaften Konflikt mit Polen heraufbeschwört, dann stellt das eine Antwort auf die Flut jener Arbeiteranfragen in den sowjetzonalen Betrieben und zum großen Teil auch in der SED-Mitgliedschaft dar, was die SED eigentlich zu der Entwicklung in Polen zu sagen habe. Die Sympathie, die von der Zonenbevölkerung Gomułka und seiner Politik entgegengebracht wird, hat das ZK -sicherlich nicht etwa mit grosser Freude- zu einer Stellungnahme gezwungen, die von politisch-taktischen Gesichtspunkten aus geradezu sensationell wirken muss, weil damit ein Bruch im Ostblock deutlich wird, der weittragende Folgen haben kann. Die polnische Kritik am Festhalten an der stalinistischen Ulbricht-Politik wird vom SED-Zentralorgan als "unzulässige Einnischung" angeprangert, "hinter der bewusst oder unbewusst, die Tendenz zur Spaltung der kommu-

nistischen Bewegung steckt". Vorwürfe solcher Heftigkeit sind nur 1948 gegen Tito erhoben worden.

Es dürfte kein Zweifel bestehen, dass der massive Angriff Ulbrichts gegen Gomulka die Zustimmung des Kreml hat. Nicht zufällig veröffentlichte nämlich die S.D.-Presse am gleichen Tage als Aufmachung ein Danktelegramm der Moskauer Regierung und der KPdSU an Pieck für die Glückwünsche zum 39. Jahrestag der Oktoberrevolution, in dem es heisst, "alle Versuche der volksfeindlichen Kräfte, die Freundschaft, die die sozialistischen Staaten verbindet, zu zerstören und das Rad der Geschichte zurückzudrehen, sind zum Scheitern verurteilt".

Dieser Zusammenklang des direkten Angriffs von Pankow und der indirekten Offensive von Moskau gegen Polen lässt Hermann Axens ND-Artikel als Vorzeichen von Konflikten erscheinen, die schwerer wiegen könnten als alle bisherigen Streitigkeiten mit Polen. Es bleibt nicht bei der Behauptung des S.D.-Zentralorgans von einer "heillosen ideologischen Verwirrung in Warschau". Das eindeutige neue Bekenntnis der SPD zum Stalinismus, das wahrscheinlich das erste Anzeichen der gestärkten Position des Stalinisten Molotow ist, muss selbst in einer Zeit aufmerken lassen, in der man von heftigen Stellungnahmen und Gegenäusserungen nicht überrascht ist.

Die grossen Schwierigkeiten, in die das Pankower Regime durch die Einstellung der polnischen Steinkohlielieferungen geraten ist, reichen nicht für eine Erklärung der jetzt begonnenen Ulbricht-Offensive gegen Polen aus. Es sind übrigens Äusserungen Ulbrichts gegenüber seinen engsten Vertrauten bekannt geworden, in denen er unter Hinweis auf Gomulka erklärt hat, wer heute noch einen "selbständigen Weg zum Sozialismus" vertritt oder auch nur diskutiere, sei ein Verräter. Gomulka würde das Schicksal Nagys nicht erspart bleiben. Solche Äusserungen Ulbrichts können nur als Drohung verstanden werden, die, wenn sie die Zustimmung Moskaus haben sollten, zu stärksten Befürchtungen Anlass geben müssen.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler

Kommuniqué
der Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 30. November
und 1. Dezember 1956

Der Parteivorstand der SPD beschäftigte sich zu Beginn seiner Freitag-Sitzung zunächst mit der Vorbereitung des Kongresses der sozialdemokratischen Parlamentarier am 7. und 8. Dezember 1956 in Düsseldorf. Die verschiedenen Referenten skizzierten ihre Disposition für die bedeutsame Tagung, die unter dem Kennzeichen "Die Mobilisierung des Geistes" durchgeführt wird und die Koordinierung eines sozialdemokratischen Programms zur intensivsten Förderung von Wissenschaft und Forschung und vor allem zur Sicherung eines entsprechenden Nachwuchses zum Ziele hat. Verschiedene Vorlagen für den Kongress fanden einstimmige Genehmigung.

Die Parteivorstandsmitglieder Erwin Schoettle und Walter Menzel berichteten als Teilnehmer an der Interparlamentarischen Union in Bangkok über die ausserordentlich günstigen Wirkungen, die der Besuch westdeutscher Parlamentarier, noch mehr aber die Besprechungen Erich Ollenhauers in Asien gerade im Zeitpunkt politischer Hochspannung ausgelöst haben. Die Stellungnahme Erich Ollenhauers trug zu einer wesentlich ruhigeren Beurteilung der gegebenen Lage durch den Asiatischen Kongress und durch eine Reihe führender asiatischer Persönlichkeiten bei.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Wilhelm Mellies gab einen zusammenfassenden Bericht über die Endergebnisse bei den letzten Kommunalwahlen, die die SPD nicht nur eindeutig stark in Führung sehen, sondern auch die ganz erhebliche Stimmenaufholung in den Großstädten ausweisen. So stellt z.B. im Lande Nordrhein-Westfalen die SPD allein 28 von insgesamt 35 Oberbürgermeistern. Wilhelm Mellies gab ferner einen kurzen Überblick über die gegenwärtige politische Situation, unter Einbeziehung der Vorgänge in Ungarn. In der Diskussion wurde auf die Wichtigkeit rascher und umfangreicher Hilfemassnahmen des Bundes für die ungarischen Flüchtlinge und auf die entsprechende sozialdemokratische Initiative hingewiesen. Der Parteivorstand appelliert aber auch nachdrücklich an die praktische Solidaritätsbekundung aller Parteimitglieder für die unglückliche und tapfere ungarische Nation.

In der Samstagssitzung verabschiedete der Parteivorstand die Richtlinien zur Kandidatenaufstellung für den Bundestag 1957. Er bestimmte ferner die Delegierten zu den im Januar 1957 in Luxemburg stattfindenden Kongress der sozialistischen Vertreter bei der Montanunion. Im Anschluss an einen Bericht von Alfred Nau über die gewerkschafts-politische Situation drückte der Parteivorstand den zur Durchsetzung ihrer berechtigten sozialpolitischen Forderungen seit 6 Wochen in Schleswig-Holstein im Streik befindlichen 34 000 Metallarbeitern seine volle Sympathie aus.